

# EURO09

12.08

**Die zwölf Sterne**  
in Österreich zum  
**Leuchten bringen**

# Mitten in Österreich, mitten in Europa

Die ÖVP-Europaabgeordneten unterwegs bei den Menschen



## Besuch im Koralmtunnel

Im Sondierungsstollen des Koralmunnels informiert sich unser Kärntner Europaparlamentarier Dr. Hubert Pirker bei einem Bauingenieur, der ein neues Bohrsystem im Tunnelbau entwickelt hat. „Der Koralmtunnel ist ein wesentliches Verkehrsprojekt für Österreich“, ist Pirker überzeugt.



## Alpbach: Stärkung unter Sternen

Zu einer mitternächtlichen „Stärkung unter Sternen“ luden Europaklubobmann Othmar Karas und NR Michael Ikrath beim Europäischen Forum Alpbach. Beim gemütlichen Gulasch-Essen wurden unter den über 400 Gästen wurden auch Wilhelm Molterer, Maria Fekter und Forum-Alpbach-Präsident Erhard Busek gesehen.

## Fussball-Patronanz

Agnes Schierhuber übernahm die Patronanz des Fußballspiels St. Martin gegen Furth. Bezirksbauernkammer-Obmann Markus Wandl, Markus Lassl (Obmann SC St. Martin), Agnes Schierhuber, Josef Wandl (Obmann-Stv. SC St. Martin), Gerhard Seidl (v.l.n.r.)



## EU-Erfolge in Korea

Als Leiter der Koreadelegation des Europaparlaments konnte Hubert Pirker in Verhandlungen mit dem südkoreanischen Premierminister, Außenhandelsminister und dem Parlamentspräsidenten (rechts im Bild) die Zusage für den Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Korea erreichen.



Hart arbeiten, präzise zuschlagen ... Anlässlich der Weihnachtsausstellung „Design in Metall“ in Tragwein hielt Paul Rübiger die Eröffnungsrede und bestaunte als gelernter Schmied gemeinsam mit Aussteller Felix Buchsbaum und dem Bürgermeister von Tragwein, Josef Naderer, die ausgestellte Kunst aus Metall.



## ÖVP-Bezirksparteitag in Tulln

Unter einem europäischen Stern stand der Bezirksparteitag der ÖVP Tulln. In seinem Referat informierte Europaklubobmann Othmar Karas über den EU-Reformvertrag und motivierte die Delegierten zu einem neuen gemeinsamen Aufbruch für ein starkes Österreich in einem starken Europa.



## Richard Seeber unterwegs in Tirol

Richard Seeber besuchte gemeinsam mit LABg Anton Matle das Donau-Chemiewerk in Landeck (Bild rechts). Viel Spass machte ihm auch der Besuch der Aufzeichnung des Musikantenstadls in der Innsbrucker Olympiaworld, gemeinsam mit der Innsbrucker Bürgermeisterin Hilde Zach (Bild links).



Inhalt

Mitten in Österreich ..... 2

EU-Reformvertrag jetzt! ..... 4

Ja zur EU-Mitverantwortung ..... 5

**Bericht zum ÖVP-Bundsparteitag:**

Klubobmann Mag. Othmar Karas ..... 6

Univ.-Prof. Dr. Reinhard Rack ..... 7

Agnes Schierhuber ..... 8

Dr. Paul Rübige ..... 9

Dr. Richard Seeber ..... 10

Dr. Hubert Pirker ..... 11

Klimawandel & Wirtschaft ..... 12

Tschechische Ratspräsidentschaft ..... 13

EU-Betrugsbekämpfung stärken ..... 13

EU-Internetseiten auf Deutsch ..... 14

Neue Recyclingregeln für Europa ..... 14

EVP-ED Internet-TV ..... 14

Sicheres Kinderspielzeug ..... 15

Mitten in Österreich ..... 16

Ein herzliches  
'Grüß Gott' aus Brüssel ...

Am 7. Juni 2009 finden in Österreich die nächsten Europawahlen statt. Für den ÖVP-Europaklub ist die Marschrichtung klar: Wir wollen mit der ÖVP erneut die stärkste österreichische Kraft im Europäischen Parlament werden, den ersten Platz in dieser Wahl zurückerobern und das Vertrauen der Bürger gewinnen.

Der ÖVP-Europaklub wird sich dieser Herausforderung stellen. Wir verfügen über ein starkes Team, wir punkten mit Kompetenz, Erfahrung und Erfolgen. Als Mitglieder der größten Fraktion des Europaparlaments sind wir Teil der einflussreichsten politischen Familie der EU. Die veränderten Rahmenbedingungen durch den EU-Schwenk der SPÖ, die Konsequenzen der Finanzkrise und die Frage einer intensiven und transparenten Europa-information der Bürger stehen dabei für uns im Mittelpunkt.

Die ÖVP ist und bleibt die einzige pro-europäische Partei Österreichs, die für Österreichs Interessen in Europa engagiert kämpft, ohne dabei unsere Mitverantwortung als verlässlicher Partner in Europa aufs Spiel zu setzen. Wir verfügen als Österreichische Volkspartei in der Europapolitik über ein klares und eigenständiges Profil. Wir sagen Ja zu unserer EU-Mitgliedschaft, wir stehen zu den Vorteilen der EU für unser Land und seine Menschen ebenso wie wir klar jene Punkte ansprechen, die im Bewusstsein der Verantwortung unserem



© ÖVP, Jungwirth

Land gegenüber und unserer europäischen Mitverantwortung verbessert werden müssen. Wir sind bereit, unsere Arbeit als inhaltlich stärkste, kompetenteste und erfolgreichste österreichische Delegation weiter zu führen und bei den Europawahlen für und mit der ÖVP den Platz Eins zu erobern. Dabei wissen wir jedoch auch, dass die Europawahlen primär eine Frage der Mobilisierung sind. Diese Wahlen gewinnen wir nur in Zusammenarbeit mit allen Teil- und Landesorganisationen der Österreichischen Volkspartei.

Mag. Othmar Karas MEP  
Obmann des ÖVP-Europaklubs

## Immer für Sie da: In Österreich und in Europa

Sie haben Fragen zu Europa? Sie wollen ein Projekt in Ihrer Gemeinde umsetzen, bei dem die EU vielleicht helfen kann - oder Sie kennen schon eine Europa-Erfolgsgeschichte aus Ihrer Umgebung? Vielleicht wollen Sie uns auch nur einmal selbst im Europäischen Parlament besuchen?

Was auch immer Ihr Anliegen ist: Wir sind für Sie da. Wir wollen die EU näher zu Ihnen bringen, ehrlich und offen mit Ihnen über alle Vor- und Nachteile unseres gemeinsamen Europa diskutieren.

Als ÖVP-Europaklub arbeiten wir für Sie und für Österreich. Wir sind auf Ihrer Seite - und stehen mit Ihnen mitten im Leben.

Rufen Sie uns an, schreiben Sie uns: Wir freuen uns schon!

Europäisches Parlament Rue Wiertz 60 B-1047 Brüssel		ÖVP-Europaklub: <a href="http://www.europaklub.at">www.europaklub.at</a> EVP-ED Fraktion: <a href="http://www.epp-ed.eu">www.epp-ed.eu</a> Europäisches Parlament: <a href="http://www.europarl.europa.eu">www.europarl.europa.eu</a>
<b>Abgeordnete</b>	<b>Büro EP</b>	<b>Büro Österreich</b>
<b>Mag. Othmar KARAS, M.B.L.-HSG</b> <a href="mailto:othmar.karas@europarl.europa.eu">othmar.karas@europarl.europa.eu</a> <a href="http://www.othmar-karas.at">www.othmar-karas.at</a>	Büro ASP 9E262 Tel.: +32-2-284-5627 Fax: +32-2-284-9627	ÖVP-Klub, Parlament, 1017 Wien Tel.: 01/40110-4700 Fax: 01/40110-4710 <a href="mailto:othmar.karas@parlament.gv.at">othmar.karas@parlament.gv.at</a>
<b>Univ.-Prof. Dr. Reinhard RACK</b> <a href="mailto:reinhard.rack@europarl.europa.eu">reinhard.rack@europarl.europa.eu</a>	Büro ASP 8F143 Tel.: +32-2-284-5773 Fax: +32-2-284-9773	Oberer Teichstraße 19, 8010 Graz Tel.: 0316/466817-0 Fax: 0316/466817-4 <a href="mailto:reinhard.rack@uni-graz.at">reinhard.rack@uni-graz.at</a>
<b>Agnes SCHIERHUBER</b> <a href="mailto:agnes.schierhuber@europarl.europa.eu">agnes.schierhuber@europarl.europa.eu</a> <a href="http://www.agnes-schierhuber.at">www.agnes-schierhuber.at</a>	Büro ASP 8F243 Tel.: +32-2-284-5741 Fax: +32-2-284-9741	Brucknerstraße 6, 1040 Wien Tel.: 01/5058173-23 Fax: 01/5058173-65 <a href="mailto:k.roedl@bauernbund.at">k.roedl@bauernbund.at</a>
<b>Dr. Paul RÜBIG</b> <a href="mailto:paul.ruebig@europarl.europa.eu">paul.ruebig@europarl.europa.eu</a> <a href="http://www.ruebig.at">www.ruebig.at</a>	Büro ASP 8F167 Tel.: +32-2-284-5749 Fax: +32-2-284-9749	Mitterhoferstraße 17, 4600 Wels Tel.: 07242/47135-2800 Fax: 07242/47135-2801 <a href="mailto:office@ruebig.at">office@ruebig.at</a>
<b>Mag. Dr. Richard SEEBER</b> <a href="mailto:richard.seeber@europarl.europa.eu">richard.seeber@europarl.europa.eu</a> <a href="http://www.richard-seeber.at">www.richard-seeber.at</a>	Büro ASP 8F163 Tel.: +32-2-284-5468 Fax: +32-2-284-9468	Fallmerayerstraße 4, 6020 Innsbruck Tel.: 0512/5390-120 Fax: 0512/5390-115 <a href="mailto:europa@tiroler-vp.at">europa@tiroler-vp.at</a>
<b>Dr. Hubert PIRKER</b> <a href="mailto:hubert.pirker@europarl.europa.eu">hubert.pirker@europarl.europa.eu</a> <a href="http://www.hubert-pirker.at">www.hubert-pirker.at</a>	Büro ASP 8F142 Tel.: +32-2-284-5766 Fax: +32-2-284-9766	Bahnhofstraße 20, 9020 Klagenfurt Tel.: 0463/5862-26 Fax: 0463/5862-25 <a href="mailto:europa@oevpkärnten.at">europa@oevpkärnten.at</a>

# Finanzkrise, Klimawandel & Co: Wir brauchen den Reformvertrag!

Nein zur Flucht aus der Verantwortung - Konsequente Arbeit ist unsere Antwort

Für den ÖVP-Europaklub im Europäischen Parlament ist und bleibt der Reformvertrag von Lissabon das richtige Instrument, um die EU für die Herausforderungen der Zukunft zu stärken. Seit Abschluss der Vertragsverhandlungen und Unterzeichnung des Vertrages durch alle 27 Staats- und Regierungschefs der EU setzt sich der ÖVP-Europaklub für eine umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ein. Denn mit diesem Vertrag ändert sich vieles für die Bürger, für unser Land und für die Europäische Union.

In einer Vielzahl von Diskussionsveranstaltungen, Bürgergesprächen und Schulbesuchen in ganz Österreich wollen die Mitglieder des ÖVP-Europaklubs über die Vorteile, Inhalte und Änderungen des Reformvertrags informieren. Wir sind davon überzeugt: Nur eine ehrliche und umfassende Information kann Missverständnisse aufklären, irreführenden

Behauptungen entgegentreten und die Bürger zu Beteiligten machen. Die Welt um uns herum verändert sich rasant: Die Erweiterung der EU um zwölf neue Mitgliedstaaten, die Herausforderungen der Globalisierung oder der Klimawandel sind schlagende Beispiele dafür, warum die EU neue Instrumente und Regeln braucht. Auch die internationale Finanzkrise zeigt deutlich: Wir müssen gemeinsam und koordiniert handeln, weil allein können wir die Schockwellen solcher Krisen nicht bewältigen!

## Die richtige Antwort

Mit derzeit 27 Mitgliedstaaten und diesen neuen Herausforderungen sind die Instrumente der ursprünglichen Europäischen Gemeinschaft nicht mehr ausreichend. Der neue Vertrag bringt die Europäische Union auf einen neuen Kurs. Er macht die Union sozialer, offener und entscheidungsfähiger. Er sichert

die Demokratie in allen Mitgliedstaaten und stärkt die Demokratie auf der europäischen Ebene. Er gibt allen Bürgerinnen und Bürgern mehr Mitspracherecht und stärkt die Rolle der Regionen, der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments.

Der Vertrag von Lissabon macht Europa zu starken Antwort auf die Herausforderungen von morgen. Er macht uns als Gemeinschaft fit für die Zukunft, mit modernen Mitteln für effiziente Entscheidungen, mit Respekt für den Reichtum unserer Regionen, mit der Garantie gleicher Grundrechte für alle Menschen. Die Zeit ist reif für diesen Schritt in die Zukunft. Denn die Zukunft Österreichs in einem starken gemeinsamen Europa ist auch die Zukunft unserer Kinder. Wir tragen heute die Verantwortung für morgen - und in diesem Sinne ist der Vertrag von Lissabon das richtige Instrument, damit wir auch morgen eine starke Gemeinschaft sein können!

## Zehn Schritte in Europas Zukunft

Der ÖVP-Europaklub begrüßt den Vertrag von Lissabon, denn mit ihm geht die EU zehn Schritte in die Zukunft:

1. Das Europäische Bürgerbegehren stärkt die direkte Demokratie - die Bürger werden zu direkt Beteiligten in den europäischen Entscheidungsprozessen.
2. Die Grundrechtscharta wird rechtsverbindlich - und die Grund- und Menschenrechte der Union für jeden Bürger einklagbar.
3. Die Subsidiarität wird im neuen Vertrag verankert - nationale Parlamente bekommen ein stärkeres Mitspracherecht, EU-Kompetenzen können auf die nationale Ebene zurückverlagert werden.
4. Die Mitentscheidung zwischen Europaparlament und Ministerrat wird zur Regel - das bringt Effizienz, schafft Transparenz und vermeidet Blockaden.
5. Der neue Vertrag schafft ein Europa der sozialen Marktwirtschaft - der ungehinderte ‚freie Markt‘ erhält seinen notwendigen sozialen und ökologischen Rahmen.
6. Die EU-Kommission wird verkleinert und damit handlungsfähiger.
7. Die Europäische Union bekommt einen EU-Außenminister - obwohl er offiziell nicht so heißt, wird er oder sie doch das „Gesicht Europas“ in der Welt sein.
8. Der Klimaschutz wird zum neuen EU-Ziel - die Europäische Union nimmt damit den Kampf gegen den Klimawandel gemeinsam auf.
9. Die Energiepolitik wird zur neuen EU-Kompetenz - und betont die Förderung der erneuerbaren Energien und der Versorgungssicherheit.
10. Die Europäische Union bekommt eine eigene Rechtspersönlichkeit.



Grünes Licht für mehr Demokratie in der EU: Wir brauchen den Vertrag von Lissabon für Europa

# Information, Dialog und Offenheit: Ja zur Mitverantwortung in Europa

Positionspapier des ÖVP-Europaklubs fließt in Koalitionsübereinkommen ein

Die Österreichische Volkspartei hat sich in den Regierungsverhandlungen in der Europafrage durchgesetzt: Es wird keine EU-Volksabstimmung für die Dauer der nächsten Legislaturperiode geben. „Das klare Bekenntnis zu Europa und die Verpflichtung der Bundesregierung zu einer intensiven Informations- und Kommunikationsarbeit über den Mehrwert unserer EU-Mitgliedschaft entspricht einer Kernforderung des ÖVP-Europaklubs, die wir zu Beginn der Verhandlungen in einem umfassenden Positionspapier dargelegt haben“, begrüßt ÖVP-Europaklubobmann Mag. Othmar Karas das Ergebnis der Regierungsverhandlungen.

„Es geht um Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit, Stabilität und Mitverantwortung. Im Mittelpunkt der Regierungsarbeit stehen eine aktive



**Bürger und die Parlament umfassend informieren:** Information als Schlüssel zu mehr Vertrauen

*ÖVP-Europaklubobmann Mag. Othmar Karas: „Für die ÖVP liegt die Zukunft Österreichs in einem vereinten Europa, das die Rechte aller Staaten gleichermaßen schützt. Mit starken Institutionen, in denen Österreichs Stimme gehört wird. Und mit Respekt für die Gestaltungsrechte der Gemeinden und Regionen, mit denen eine erfolgreiche Politik nahe bei den Menschen erst möglich wird.“*

Teilnahme an allen EU-Projekten und eine intensive Informationsoffensive in Österreich. Mit den Europawahlen am 7. Juni, dem zwanzigsten Jahrestag des EU-Beitrittsansuchens Österreichs sowie hoffentlich dem Inkrafttreten des EU-Reformvertrages bietet das Jahr 2009 eine großartige Gelegenheit, den europäischen Mehrwert für Österreich und seine Bürger deutlich zu kommunizieren“, fordert Karas.

Die neue Bundesregierung bekennt sich uneingeschränkt zu Europa und zur aktiven Mitgestaltung in der Europäischen Union. „Österreich wird ein starker und verlässlicher Partner in Europa bleiben. Die SPÖ hat darauf verzichtet, EU-Volksabstimmungen in Österreich auf eigene Faust gegen den Willen der ÖVP durchzusetzen“, ist Karas zufrieden mit diesem Verhandlungsergebnis. „Damit ist ein zentraler Standpunkt der ÖVP in der Europafrage festgeschrieben. Entgegen den Ankündigungen der SPÖ, diesen Streitpunkt aus den Verhandlungen vollständig auszuklammern, sind jetzt klare Re-

gelungen verankert. Damit können wir uns den wirklichen Herausforderungen in der Europapolitik widmen“, so Karas.

Der ÖVP-Europaklub ist davon überzeugt, dass ein umfassendes Kommunikations- und Informationspaket die einzig richtige Antwort zur verbesserten Einbeziehung der Bürger ist - und dieses Paket findet sich im Koalitionsübereinkommen vollinhaltlich wieder!

- Alle EU-geförderten Projekte in Österreich werden umfassend und vollständig gekennzeichnet, um Europa vor Ort sichtbar zu machen. Wenn wir die zwölf Sterne in jeder Gemeinde zum Leuchten bringen, wird Europa für jeden Bürger besser erlebbar!
- Mit einer Initiative der Bundesregierung unter dem Motto „EU entdecken“ wird in allen Schulen eine umfassende und konstruktiv-kritische Auseinandersetzung mit der Europäischen Union und Öster-

reichs Rolle und Verantwortung in der EU gefördert werden. Alle Schüler sollen auch die Möglichkeit zum Kennenlernen der EU-Institutionen erhalten.

- Der Europatag am 9. Mai wird von der Bundesregierung offiziell gestaltet, angelehnt an den Nationalfeiertag.
- Alle in den EU-Institutionen tätigen Österreicher werden eingeladen, ihre Aufgaben und Erfahrungen in ihrer österreichischen Heimatgemeinde, Schule oder Universität zur Diskussion zu stellen.
- Das Parlament wird über die Legislativtätigkeit der Bundesregierung im EU-Ministerrat verstärkt informiert werden. Auch die Wiedereinführung von Europadiskussionen im Plenum des Nationalrates unter Einbeziehung der österreichischen Europaparlamentarier bzw. der Mitglieder der EU-Kommission ist angedacht.

„Der ÖVP-Europaklub hat seine zentralen Forderungen für eine umfassende Kommunikations- und Informationsoffensive der österreichischen Bundesregierung umfassend durchsetzen können. Jetzt müssen wir gemeinsam diese neuen Aufgaben entschlossen angehen“, starten Karas und der ÖVP-Europaklub entschlossen in ihre neue Aufgabe.

## Bericht des ÖVP-Europaklubs zum Bundesparteitag

Aus Anlass des 34. ordentlichen Bundesparteitags berichtet der ÖVP-Europaklub über seine Aktivitäten und Erfolge der letzten zwei Jahre. Die ungekürzte Fassung finden Sie im offiziellen Bericht des Bundesparteitages und auf [www.europaklub.at](http://www.europaklub.at)

### Europäische Lösungen für die Finanzkrise

Die globale Finanzkrise und ihre Auswirkungen auch in Europa verlangen nach raschen, effizienten und vor allem europaweit koordinierten Maßnahmen und Regeln. ÖVP-Europaklubobmann Mag. Othmar Karas ist Chefverhandler des Europäischen Parlaments für ein zentrales Maßnahmenpaket zur Lösung der Krise, der ‚Capital Requirements‘-Richtlinie.

Diese Nachfolgeregelung des Basel II-Paketes wird effizientere Vorschriften zur finanziellen Stabilität und Eigenkapitalausstattung von Banken auf den Weg bringen. Ebenso

geregelt werden dabei Fragen der grenzüberschreitenden Bankenaufsicht. Karas setzt sich im Europaparlament auch für europäische Lösungen zur EU-Beaufsichtigung von Rating-Agenturen sowie von Hedge Fonds und Private Equity ein.

Interventionen zur Stabilisierung oder Rettung von Kreditinstituten müssen nach Ansicht von Karas Aufgabe der Mitgliedstaaten in enger Absprache mit den europäischen Partnern sein, da die unterschiedlichen Institute und Länder nicht in gleichem Ausmaß von der Krise betroffen sind. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen auf europäischer und nationaler Ebene dafür sorgen, die Regulierung zu verbessern und potenzielle Risiken zu verringern.

Daher fordert Karas eine Europäisierung der Bankenaufsicht und eine stärkere Einbindung der Europäischen Zentralbank.



### Mag. Othmar Karas MBL Klubobmann und Finanzexperte

Als Vizepräsident der größten Fraktion bekleidet er eine der einflussreichsten Funktionen im Europaparlament, als Obmann des ÖVP-Europaklubs vertritt er führend die österreichischen Interessen in Brüssel. Als Wirtschafts- und Finanzexperte anerkannt weiß Othmar Karas, wie wichtig Europa für Österreich ist!

### Small Business Act

Kleine und mittlere Unternehmen erzeugen 60 % der wirtschaftlichen Gesamtleistung der EU. Das europäische Unternehmensumfeld für KMU ist seit 2000 aber nur wenig besser geworden. Gemeinsam mit der französischen Ratspräsidentschaft arbeitet Othmar Karas an einem effizienten ‚Small Business Act‘, der den Bedürfnissen der KMU entgegenkommt: EU-Institutionen, nationale und lokale Behörden sollen KMU Vorrang einräumen. Rechtsvorschriften sollen aus der kleiner Unternehmen konzipiert werden. Der Small Business Act soll weiters für eine Verringerung der Belastung von KMU durch Verwaltungsvorschriften sorgen. Für Karas wichtig: Der Small Business Act wird nur dann ein echter Durchbruch sein, wenn die darin enthaltenen Prinzipien auch auf nationaler Ebene rechtsverbindlich gemacht werden.

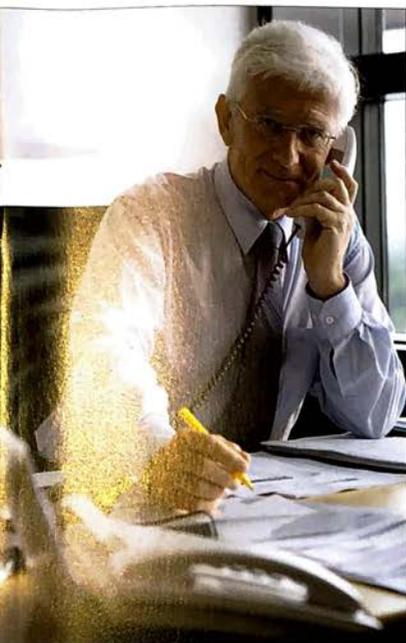
### Kroatien: Abschluss der Beitrittsverhandlungen 2009 möglich

Kroatien ist für Österreich nicht nur ein guter, sondern vor allem auch ein wichtiger Partner. ÖVP-Europaklubobmann Othmar Karas und alle Mitglieder des ÖVP-Europaklubs im Europäischen Parlament unterstützen daher den Beitrittsprozess Kroatiens zur EU und setzen sich engagiert für einen raschen Beitritt ein. Mit der Nennung des

Zieldatums 2009 für den Abschluss der Beitrittsverhandlungen schwenkte auch die EU-Kommission auf die Linie ein, die der ÖVP-Europaklub und die Europäische Volkspartei stets vertreten haben.

Ein Beitritt im Jahr 2010 ist bei Anstrengung beider Seiten durchaus möglich. Die dafür in Kroatien notwendigen Reformen müssen

ohne Zögern fortgesetzt werden. „Im Unterschied zur Türkei will Kroatien aber selbst die europäischen Bedingungen erfüllen und wartet nicht darauf, dass sich die EU ändert. Dieser Einsatz und dieses europäische Selbstverständnis verdienen zu Recht unsere Unterstützung“, meint Europaklubobmann Othmar Karas.



## Univ.-Prof. Dr. Reinhard Rack: Unser Verkehrsexperte in Brüssel

Als Mitglied im Verkehrsausschuss des Europaparlaments ist er als harter Verhandler und erfolgreicher Vertreter der berechtigten österreichischen Anliegen in der EU-Verkehrspolitik bekannt. Und mit der Ausgestaltung der neuen Wegekostenrichtlinie wartet bereits ein weiterer großer Brocken auf ihn!

### Entschädigung bei Zugverspätung

Bahnfahren wird demnächst für Jedermann und -frau attraktiver. Ermöglicht hat das eine neue EU-Verordnung über die Rechte der Fahrgäste im Bahnverkehr, an der Reinhard Rack als Berichterstatter der EVP-ED Fraktion im Europäischen Parlament maßgeblich beteiligt war. Bahnkunden erhalten Entschädigungsleistungen bei verpassten Anschlüssen und Zugausfällen, aber auch Zugverspätungen werden für die Bahnunternehmen empfindlich teurer: Ab einer Stunde Verspätung werden 25 Prozent des Fahrpreises erstattet, ab zwei Stunden Verspätung der halbe Fahrpreis. Ebenso wird es einen deutlich verbesserten Zugang für Menschen mit eingeschränkter Mobilität geben. Auch die Mitnahme von Rollstühlen, Kinderwagen, Fahrrädern und sonstigen Sportgeräten wird vereinfacht. Diese Regelung gilt uneingeschränkt im internationalen, also grenzüberschreitenden Zugverkehr. Für den nationalen Bahnverkehr können die Mitgliedstaaten Übergangsfristen festlegen. Reinhard Rack appelliert daher an den Verkehrsminister, den Österreichern zu Hause die gleichen Rechte wie in anderen EU-Staaten zu geben!

### Verkehr in der Stadt

Städte in ganz Europa sind verkehrspolitisch mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert: Verschmutzung, Verkehrsüberlastung, Lärm und Unfallgefahr. Davon sind alle Bürger gleichermaßen betroffen. Der steirische Europaparlamentarier und Verkehrsexperte Reinhard Rack hat als Chefverhandler des Europäischen Parlaments konkrete Vorstellungen in die europapolitische Diskussion eingebracht, wie europäische Angebote in die städtische Mobilitätsplanung einbezogen werden könnten. Konkret nannte Rack die Fragen der Verbindung von Park&Ride-Möglichkeiten mit vergünstigten Angeboten im öffentlichen Personennahverkehr, eine einheitliche Gestaltung von Umweltzonen und verkehrsberuhigten Zonen, die Förderung der Entwicklung neuer Technologien für die Steuerung von Verkehrsfüssen und damit der Vermeidung von Staus sowie die Förderung der Verwendung 'alternativer' Verkehrsmittel wie Fahrrad oder Fußgängerwegen. Rack drängte auch darauf, insbesondere die Belange von Behinderten, Kindern und alten Menschen verstärkt zu berücksichtigen. Gleichzeitig erzielte Rack eine parlamentarische Mehrheit für seinen Ansatz, eine zu starke Einmischung der EU in die kommunale Verkehrspolitik zu vermeiden. Europa soll im Rahmen seiner legislativen und budgetären Möglichkeiten ein vielfältiges Angebot zur Verfügung stellen, aus dem die Städte die für sie passenden Elemente auswählen. So könnten auch die Verpflichtungen zum Umweltschutz und zur Senkung der Treibhausgasemissionen besser verwirklicht werden.

### Autobahnvignette in Slowenien

Die seit 1. Juli 2008 gültige slowenische Autobahnvignette verstößt klar gegen EU-Recht. Sie ist diskriminierend, weil sie nur eine Jahres- bzw. Halbjahresvignette vorsieht, so dass man von jenen europäischen Mitbürgern, die nur ein Mal im Jahr Teile des slowenischen Autobahnnetzes benutzen, einen überproportional hohen finanziellen Beitrag abverlangt. Österreich hat als erster EU-Staat eine abgestufte Form der Autobahnbeimattung durch Vignetten mit unterschiedlicher Gültigkeitsdauer eingeführt. Diesem Beispiel sind Rumänien, Ungarn und andere Länder gefolgt, Slowenien schert hier aus. Von Anfang hat sich Reinhard Rack im Europaparlament an die Spitze einer Bewegung gesetzt, die diese diskriminierende Regelung abschaffen will - mit Erfolg: Die EU-Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Slowenien eingeleitet, die Vignette wird in dieser Form daher bald Geschichte sein.

### Sicherheit an Bord

Mit einer EU-Verordnung zu Flugsicherheitsrechten wurde eine Balance zwischen Antiterror-Maßnahmen und Passagierrechten geschaffen. Erstmals werden mit dieser Verordnung auch Sicherheitsmaßnahmen während des Fluges geregelt, etwa der Einsatz von begleitenden Sicherheitsbeamten oder das Mitführen von Waffen an Bord. Die gemeinsamen Vorschriften für den Schutz der Zivilluftfahrt vor unrechtmäßigen Eingriffen betreffen unter anderem die Durchsuchung von Fluggästen und Handgepäck, Zugangskontrollen, Luftfahrzeug-Sicherheitskontrollen sowie Kontrollen von Fracht und Post. In Bezug auf das Handgepäck konnte erreicht werden, dass Fluggäste oder Gepäck aus Drittländern, deren Luftsicherheitsnormen dem EU-Recht gleichwertig sind, nicht erneut kontrolliert werden. Die Mitgliedstaaten können auch strengere Maßnahmen anwenden, diese müssen aber objektiv, nichtdiskriminierend und dem jeweiligen Risiko angemessen sein. Es bleibt auch den Mitgliedstaaten überlassen, in welchem Umfang die Kosten der zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen vom Staat, den Flughafeneinrichtungen, den Luftfahrtunternehmen oder den Passagieren zu tragen sind.



## Agnes Schierhuber: Bauernvertreterin mit Herz, Verstand und Kompetenz

Agnes Schierhuber vertritt seit 1995 die Interessen der österreichischen Bäuerinnen und Bauern im Europäischen Parlament. Sie kennt alle handelnden Personen, sie kämpft für die Anliegen unserer Landwirtschaft mit Herz und Verstand!

### Wein

Der globale Wettbewerb wird auch beim Wein immer schärfer. Komplizierte Gemeinschaftsregeln für Etikettierung, Qualitätszertifizierung und Vermarktung kennzeichnen den europäischen Weinmarkt. Gleichzeitig treten auf Grund des sinkenden Verbrauchs, eines schärferen Wettbewerbs durch importierte Weine sowie auf Grund konjunkturbedingter Überschüsse massive Probleme auf. Mit der Reform des Weinmarktes wurden jedoch die wichtigsten Kernpunkte außer Frage gestellt: Die traditionellen önologischen Verfahren in den Mitgliedstaaten bleiben erhalten, die Unterschiede in der Weinkultur Europas bleiben in ihrer Vielfalt und ihrem Reichtum klargestellt. Tafelweine dürfen nicht auf die gleiche Art wie Qualitätsweine ausgezeichnet werden, auch die Angabe der Herkunftsbezeichnungen bleibt unerlässlich. Aus Sicht von Agnes Schierhuber besonders wichtig ist die Beibehaltung der Anreicherungsregeln. Das stärkt den traditionellen Weinbau in Mitteleuropa, österreichische Weinbauern können auch in Zukunft das seit Jahrhunderten bewährte Verfahren der Zugabe von Saccharose einsetzen und damit hervorragende Weine erzeugen.

### Health Check

Nirgendwo auf der Welt ist eine Landwirtschaft ohne Ausgleichszahlungen wettbewerbs- und überlebensfähig. So lange die notwendige Planungssicherheit und damit Stabilität gewährleistet ist, bringt die gemeinsame Europäische Agrarpolitik den heimischen Bauern zahlreiche Vorteile. Im Mittelpunkt muss vor allem die produzierende Landwirtschaft stehen, dazu zählen die bäuerlichen Familienunternehmen, egal von welcher Größe oder in welcher Sparte tätig. Agnes Schierhuber brachte als Vertreterin der österreichischen Landwirtschaft im Europaparlament die Anliegen der heimischen Bauern engagiert und aktiv in die Verhandlungen rund um den Health Check zur europäischen Agrarpolitik ein. Das Europäische Parlament will eine nachhaltige, wettbewerbsfähige und multifunktionale Landwirtschaft in der EU erhalten. Dabei muss den Besonderheiten jedes Sektors und jedes Produktionsgebietes Rechnung getragen werden und eine gute landwirtschaftliche Praxis die Basis bilden. Auch in Zukunft muss die Nahrungsmittelproduktion oberste Priorität haben, gefolgt von der Futtermittelproduktion und erst in dritter Linie der Bereitstellung von Energie.

### Milchpaket

Das 2007 beschlossene „EU-Milchpaket“ hat große Auswirkungen vor allem auf die Schulmilchprogramme in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union: Vorgesehen ist die Einführung einer Pauschalbeihilfe für Schulmilch anstatt der bisherigen auf Fettgehalt basierenden Beihilfe. Das ist ein wichtiges Zeichen hin zu einer ausgewogenen Ernährung sowie gesunder Schulpflege mit heimischen Milchprodukten. Agnes Schierhuber forderte auch eine Ausweitung der Palette der Produkte, die unter die Schulmilchregelung fallen sollen, um so auch neue, innovative und gesunde Erzeugnisse fördern zu können. Wichtig ist die Förderung des Absatzes von Milch und Milcherzeugnissen auch deshalb, weil immer deutlicher wird, dass ungesunde Ernährung in der europäischen Bevölkerung zunehmend zu Gesundheitsproblemen führt. Insgesamt handelt es sich um einen wichtigen Schritt für die europäische Landwirtschaft und insbesondere den Milchsektor, denn das Paket umfasst außerdem Änderungen in der Gemeinsamen Marktordnung für Milch und Milcherzeugnisse sowie in den EU-Bestimmungen für eingedickte Milch und Trockenmilch sowie für Konsummilch.





## Dr. Paul Rübzig: Ein Schmied voll Energie

Paul Rübzig hat seine Devise als Schmied gelernt: „Hart arbeiten und präzise zuschlagen.“ Als Fachmann für Telekommunikation und Energiepolitik hat er sich einen Ruf als erfolgreicher Experte weit über das Europaparlament hinaus geschaffen.

### Roaming in Rekordzeit

Sieben Monate vom ersten Vorschlag der Kommission bis zum Inkrafttreten der fertigen EU-Verordnung - das ist absolute Spitzenzeit. Telekom-Experte Dr. Paul Rübzig hat als zuständiger Chefverhandler des Europaparlaments diesen Legislativprozess schnell, effizient und erfolgreich gesteuert. Laut Schätzungen der Europäischen Regulierungsgruppe (ERG) konnten mit Ende September 2007 bereits 400 Millionen EU-Bürger zu günstigeren Roaming-Tarifen telefonieren. Im Schnitt sparen sich die Konsumenten bei Auslandsgesprächen nun 60 Prozent ihrer bisherigen Kosten. Die nationalen Preise sind außerdem seit Einführung der Regulierung EU-weit nicht gestiegen, in Österreich sind die Roaming-Kosten sogar noch weiter gesunken. Mit Ende August 2008 erfolgte bereits der zweite Schritt der europaweiten Vergünstigung für Handy-Konsumenten von 49 Cent auf 46 Cent netto, Mitte 2009 kommt dann die dritte Phase, mit der Roamingkosten für aktive und passive Anrufe um weitere 4 Cent pro Minute

gesenkt werden. Trotz der Regulierung gibt es in Österreich nach wie vor Gratis-Handys - das zeigt deutlich, dass weder der Wettbewerb leidet noch der Konsument draufzahlen muss, wie im Vorfeld dieser Entscheidung manchmal befürchtet wurde. Zudem beginnen immer mehr Telekom-Unternehmen nun auch ihre Datenroaming-Preise freiwillig zu senken. Eine deutliche Ankündigung seitens EU-Kommission und Europaparlament auch im Datenroaming-Bereich Preisobergrenzen festzulegen, zieht und wird sogar in den nächsten Monaten erwartet.

### EU-Budget

Beim EU-Haushalt hat das Europaparlament derzeit bei allen nicht-obligatorischen Ausgaben das entscheidende Wort, mit dem Reformvertrag wird das Europaparlament bei allen EU-Ausgaben gemeinsam mit dem Rat entscheiden können, also auch inklusive des EU-Agrarbudgets.

Dr. Paul Rübzig ist als jahrelanges Mitglied im Haushaltsausschuss ein anerkannter Budgetexperte und setzt sich stets erfolgreich für spezielle Förderprogramme für KMU sowie allgemein für eine effiziente und sparsame Mittelverwendung ein. 2008 machten zum ersten Mal die Ausgaben zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit den größten Anteil des EU-Budgets aus. Die Förderung der Regionen und des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts stehen im Vordergrund - und das bei einem nur sehr bescheidenen Zuwachs an Ausgaben. Weitere Schwerpunkte waren Maßnahmen im Bereich Beschäftigung und Wachstum. Auch für das EU-Budget 2009 konnte Rübzig seine Forderung nach einer speziellen Unterstützung für Klein- und Mittelbetriebe vor den wirtschaftlichen Schäden des Zahlungsverzugs durchsetzen. Gemeinsam mit der EVP-ED Fraktion hat Rübzig auch einen Änderungsantrag zu sauberer und effizienter Energie eingebracht, der sich für genügend finanzielle Mittel für den Ausbau von Energieeffizienz einsetzt.



### Telekompaket

Im schnell wachsenden Telekom-Sektor sind Anpassungen an die technologischen Entwicklungen und die Ermöglichung der Teilnahme aller Bürger an einem möglichst offenen und transparenten Markt das um und auf. Der Telekom-Markt ist ein wesentliches Element einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung in der EU. Die Regulierung der nationalen Telekommärkte funktioniert, die zuständigen Regulierungsbehörden leisten in ihren Mitgliedstaaten gute Arbeit. In grenzüberschreitenden Angelegenheiten stoßen sie aber zu oft an die Grenze ihrer jeweiligen Zuständigkeiten. Der Telekom-Experte Dr. Paul Rübzig fordert daher die Einrichtung eines Gremiums, in dem alle nationalen Regulierungsbehörden gemeinsam arbeiten. Dieser ‚Body of European Regulators‘ (BERT) soll für Fragen wie die Regulierung und Überwachung von Tarifen für Gesprächs- und Datenroaming sowie für SMS aus anderen EU-Ländern und dem Ausland zuständig sein. BERT sollte auch eine erweiterte Zuständigkeit für die Implementierung und die Information der internationalen Notrufnummer 112 erhalten.

## Dr. Richard Seeber: Weißes Gold und grünes Herz

Der ÖVP-Europaparlamentarier Richard Seeber arbeitet seit seiner Wahl in das Europäische Parlament im Umwelt- und im Wasserausschuss. Schwerpunkt seiner Arbeit ist der Schutz des österreichischen Wassers, unseres reichsten Bodenschatzes!

### Wasserpolitik

Wasserknappheit und Dürre bedrohen nicht nur Länder der Dritten Welt. Viele Regionen Europas sind ebenfalls betroffen. Daher kämpft ÖVP-Europaparlamentarier Dr. Richard Seeber dafür, die damit verbundenen Probleme offen und breit angelegt zu diskutieren, um nachhaltige Lösungen zu finden. Für die österreichische Wasserpolitik konnte bereits Seeber die volle Unterstützung im Europäischen Parlament erreichen: Wasserressourcen stehen im alleinigen Eigentum eines jeden EU-Mitgliedstaates. Ein Eingriff von außen, sei es durch andere Länder oder die EU, ist ausgeschlossen und wird vom Europaparlament strikt abgelehnt. Jedes Land bestimmt also allein darüber, wie es mit seinen Wasserreserven umgeht. Dennoch müssen sich alle Mitgliedstaaten gemeinsam Gedanken darüber machen, wie mit der Dürre und Wasserknappheit in manchen Regionen einerseits und der Wasserverschwendung mancher Wirtschaftssektoren und Länder andererseits umgegangen werden kann: 40 Prozent des in der EU verbrauchten Wassers könnte durch eine sachgemäßere und nachhaltige Wassernutzung eingespart werden!



### Pflanzen- und Bodenschutz

Ein wirksamer Bodenschutz ist unbestritten wichtig. Alle Länder der EU sollten einen so ambitionierten und wirksamen Bodenschutz haben, wie dies in Österreich gesetzlich bereits längst verankert ist. Boden ist und bleibt aber eine lokale Sache - sein Schutz muss daher von den Mitgliedstaaten und nicht von der EU gesichert werden. Dort, wo es keinen offensichtlichen europäischen Mehrwert für den Bürger gibt, ist keine EU-Gesetzgebung vonnöten, so die Meinung von Dr. Richard Seeber. Umweltschutz und Pflanzenschutz sind kein Gegensatz, sondern können sinnvoll kombiniert werden. Dazu braucht es aber eben auch sinnvolle Regelungen, nicht überbordende Bürokratie. Eine neue Bodenschutzrichtlinie sollte daher harmonisierte EU-Vorschriften über Pflanzenschutzmittel festlegen, um den Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Umwelt zu stärken, die nachhaltige Entwicklung in der Landwirtschaft zu fördern, die Anzahl der Tierversuche zu verringern, die Wettbewerbsfähigkeit der Hersteller zu verbessern und die Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln für Landwirte zu erhöhen.

### Abfallvermeidung

Die EU-Bestimmungen zur Abfallpolitik wurden neu gefasst. Weniger Abfall, mehr Müllvermeidung und mehr Wiederverwertung sind die Hauptziele der neuen Abfallrichtlinie, die strengere Vorschriften für Wirtschaft und Mitgliedstaaten zum Inhalt hat. Abfälle sind Rohstoffe, deren effizientere Nutzung auch in der Bekämpfung des Klimawandels helfen kann. Allein eine konsequente Abkehr von der Deponierung unbehandelter Siedlungsabfälle hätte in den 'alten' EU-Mitgliedstaaten ein Reduktionspotenzial von rund 100 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten. Mit der Richtlinie setzte sich das Parlament mit der Festlegung hoher und verpflichtender Recyclingquoten durch: Bis 2020 muss in allen Mitgliedstaaten ein Recyclinganteil von 50 Prozent bei Papier, Metall und Glas aus Hausmüll erreicht werden, bei Bau- und Abbruchabfällen wird dieser Wert sogar auf 70 Prozent festgelegt. Diese Maßnahmen ermöglichen einen effizienten Start in eine funktionierende umwelt- und klimagerechte Abfallbewirtschaftung in ganz Europa. Und das ist wichtig, denn ohne Gegenmaßnahmen würden im Jahr 2020 bis zu 45 Prozent mehr Abfälle anfallen als noch 1995. Die Folgen für Mensch und Umwelt wären beträchtlich.

## Dr. Hubert Pirker: Sicherheit als Kernanliegen

Hubert Pirker ist seit 1995 Kärntens Vertreter im Europäischen Parlament. Als ÖVP-Sicherheitssprecher legt er seinen Arbeitsschwerpunkt auf den Kampf gegen organisierte Kriminalität, illegale Einwanderung und den Schutz unserer Grenzen.

### Schengen

Österreich wurde mit der Erweiterung des Schengenraums im Dezember 2007 vom Grenzland zum europäischen Binnenland. Damit gelten für 24 EU-Länder die gleichen Sicherheitsbedingungen in der Grenzkontrolle. Für Hubert Pirker sind damit drei große Vorteile verbunden: Das Reisen für die Bürger in der erweiterten Union wird mit dem Wegfall der Warteschlangen an den Grenzen einfacher. Die Schengenbestimmungen erlauben eine enge Zusammenarbeit der Polizeidienststellen der einzelnen Länder und die Nutzung eines europaweiten Fahndungssystems. Und drittens können allein in Österreich 2400 Mitarbeiter, die bisher in der Grenzkontrolle eingesetzt waren, für andere Sicherheitsaufgaben eingesetzt werden: Im grenznahen Bereich, in den Städten, bei Aufgaben der Fremdenpolizei, der Drogenbekämpfung oder in anderen Risikosektoren haben die Österreicher jetzt mehr Polizei zur Verfügung, die für ihre Sicherheit arbeitet. Für Pirker wurde mit dem Schengenraum ein hochmodernes Sicherheitsnetz gespannt, das funktioniert und schützt!

### Frontex

Schätzungen zufolge leben bis zu 15 Millionen illegale Einwanderer in der EU. Immer mehr Menschen vertrauen ihr Leben skrupellosen Schlepperorganisationen an, um nach Europa zu gelangen. Jeder sechste Migrant kommt dabei um - und dennoch steigt die Zahl der Illegalen Jahr für Jahr an. Im Europäischen Parlament setzte Pirker erfolgreich seine Forderung nach einer unverzüglichen Aktivierung von Grenzschutz-Soforteinsatzteams (Rapid Border Intervention Teams/RABIT) sowie eine engere Kooperation zwischen der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX und EUROPOL durch. Primär zuständig für die Grenzsicherung sind und bleiben die Mitgliedstaaten. Wenn aber an bestimmten Orten Flüchtlingsströme in Richtung Europa ziehen, dann sind die Staaten allein oft überfordert. Mit dem RABIT-Projekt können betroffene Staaten ab jetzt um EU-Hilfe ansuchen. Die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX kann dann gemeinsame grenzpolizeiliche Soforteinsatzteams zur Unterstützung entsenden, die vor Ort unter Leitung der Grenzpolizei des gastgebenden Landes stehen und grenzpolizeiliche Befugnisse analog denen der Heimatbeamten übertragen bekommen. FRONTEX übernimmt auch die Ausbildung und Koordinierung der Soforteinsatzteams. Pirker setzt sich aber auch dafür ein, dass FRONTEX und EUROPOL in Hinkunft auch verstärkt zusammenarbeiten, um einen reibungslosen Ablauf und den europäischen Datenaustausch im Interesse einer effizienten Bekämpfung des Menschenhandels und der Schlepperkriminalität zu gewährleisten.



### Korea

Die EU ist der größte ausländische Investor in Korea, Europa nach China der wichtigste Exportmarkt. 2007 betrug das Handelsabkommen bereits 75 Mrd. Euro. Bei Verhandlungen im Oktober in Seoul konnte Hubert Pirker als Delegationsleiter die Zusage erreichen, dass das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Korea noch in diesem Jahr abgeschlossen werden kann. Mit einem eigenen wissenschaftlich-technischen Kooperationsabkommen, das erst heuer unterzeichnet wurde, ist ein weiterer Grundstein für noch intensivere Beziehung gelegt worden. Als Vorsitzender der interparlamentarischen Delegation des Europaparlaments mit der koreanischen Halbinsel besuchte Dr. Hubert Pirker mehrfach sowohl Süd- als auch Nordkorea. Neben Wirtschaftsfragen standen vor allem die nukleare Abrüstung Nordkoreas, die Einhaltung der Menschenrechte sowie der Ausbau der Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea auf der Tagesordnung. Die Delegation unter Leitung von Dr. Pirker übernahm dabei immer öfter auch die Position eines Vermittlers und Brückenbauers.

### Blue Card

Mit der „Blue Card“ soll hochqualifizierten Arbeitnehmern aus Drittstaaten in erleichterter Form Aufenthalt und Arbeit in der EU angeboten werden. Jeder Mitgliedstaat, auch Österreich, entscheidet aber ganz allein, welche und wie viele Arbeitsmigranten aufgenommen werden. Es gibt also keine automatische Arbeitserlaubnis für Fachkräfte in allen EU-Staaten, und aus der Blue Card resultiert kein automatisches Bleiberecht. Ein gültiger Arbeitsvertrag sowie Hochschulabschluss und Berufserfahrung in leitender Funktion sind Voraussetzungen für den Erhalt der Blue Card, ebenso wie ein gültiges Reisedokument und allenfalls ein Visum, eine ausreichende Krankenversicherung und der Nachweis, dass die Arbeitskraft keine Gefahr für die öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit darstellt. Dr. Hubert Pirker brachte die Forderung ein, auf der Blue Card selbst deutlich sichtbar zu machen, welches Land sie ausgestellt hat. Denn: Eine Blue Card mit rot-weiß-rotem Streifen macht klar, dass es nur eine Arbeitsgenehmigung für Österreich gibt!

# Kampf gegen den Klimawandel - Schutz des Wirtschaftsstandortes

Umweltschutz darf nicht auf Kosten von Arbeitsplätzen und Wirtschaft gehen!



© P. U. X., forntia.com

und unser Industrie- und Energiesprecher Dr. Paul Rübiger nehmen sich dieser Herausforderung engagiert an.

2007 haben die EU-Staats- und Regierungschefs ein ambitioniertes Gesamtpaket zum Klimaschutz beschlossen, das nun in insgesamt fünf verschiedenen Rechtstexten umgesetzt werden soll. Im Kern des Pakets steht die Zielvorgabe, bis 2020 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß der EU um 20 % zu reduzieren und den Anteil umweltfreundlicher, erneuerbarer Energiequellen auf 20 % zu steigern. Das Klimaschutz-Paket soll nach Willen von Rat, Kommission und Parlament so rasch wie möglich unter Dach und Fach gebracht werden, auch um in der Endphase der Verhandlungen über ein internationales Klimaschutzabkommen in der Nachfolge des Kyoto-Protokolls im Jahr 2009 möglichst auf verbindliche Rechtsetzung verweisen können. Das Klimaschutzpaket besteht aus der Richtlinie über erneuerbare Energien, der Richtlinie über die Abtrennung und geologische Speicherung von CO<sub>2</sub>, der Verordnung über CO<sub>2</sub>-Emissionen von Neuwagen, der Richtlinie über die Dritte Phase des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS) sowie der Entscheidung über Lastverteilung, also der Reduktionen in nicht vom ETS erfassten Sektoren.

Heiß umkämpft ist hier vor allem das Europäische Emissionshandelssystem (ETS): Hier kämpft die Fraktion der Europäischen Volkspartei gegen das Nein von Sozialdemokraten und Grünen zu einer Gratisvergabe von Emissionszertifikaten an die energieintensive Industrie in Europa. Dieses Nein ist für die EVP-ED Fraktion nicht nur ein Schlag gegen den Wirtschaftsstandort Europa, sondern könnte auch eine rasche Beschlussfassung des Klimapakets erschweren. „Unser Ziel bleibt weiterhin eine vollständige Gratiszuteilung der Emissionszertifikate an die energieintensive Industrie - unter Beibehaltung der Emissionsziele bis 2020“, meinen die EVP-ED Europaparlamentarier entschlossen. Die Entscheidung über das Klimapakets könnte noch vor Ende dieses Jahres mit einer Einigung zwischen Parlament und Ministerrat fallen.

Neue Chancen auch für unsere Wirtschaft: Kampf gegen Klimawandel richtig gestalten!

Der Klimaschutz und der engagierte Kampf gegen den Klimawandel sind und bleiben eine Priorität für die EVP-ED Fraktion im Europäischen Parlament. Die größte Fraktion des Parlaments, der auch die Mitglieder des ÖVP-Europaklubs angehören, macht sich jedoch gleichzeitig dafür stark, dass angesichts der aktuellen Finanzkrise und einer drohenden Rezession in Europa Rück-

sicht auf die produzierende Wirtschaft und die Wirtschaftsstandorte in den EU-Mitgliedstaaten genommen werden.

Federführend tätig sind hier der Leiter der deutschen CDU-Delegation, Werner Langen, und der Berichterstatter des Klimawandel-Ausschusses, Karl-Heinz Florenz. Aber auch ÖVP-Umweltsprecher Dr. Richard Seeber

EU-Ratspräsidentschaft:

# EVP erwartet von Tschechien Kontinuität

Die größte politische Familie in der Europäischen Union, die Europäische Volkspartei, erwartet sich in der ersten Hälfte des Jahres 2009 unter tschechischer Ratspräsidentschaft eine Fortsetzung des engagierten und erfolgreichen Europakurses“, sagte der Vorsitzende der EVP-ED Fraktion, der Franzose Joseph Daul, anlässlich eines Arbeitsbesuchs des Fraktionspräsidiums in Prag.

Für Daul ist die Regierung unter Mirek Topolánek bereit und imstande, die notwendigen Arbeiten ambitioniert und entschlossen voranzutreiben. „Europa kennt derzeit drei Prioritäten, unsere Wirtschaft, die Sicherung unserer Energieversorgung und die Außenbeziehungen der Union. In allen drei Bereichen erwarten wir von der Tschechischen Republik als Vorsitzland engagierte und verlässliche Arbeit“, betonte Daul. Das Fraktionspräsidium, dem auch ÖVP-Europaklubobmann Othmar Karas als erster Vizepräsident und Schatzmeister angehört, traf neben Topolánek mit mehreren Mitgliedern der tschechischen Regierung, darunter auch dem stellvertretenden Regierungschef Alexander Vondra und Außenminister Karl Schwarzenberg zusammen. Die Präsidiumsmitglieder sprachen sich dabei für ein starkes und geeintes Europa aus, das klare Zeichen der Zusammenarbeit in Bereichen wie der internationalen Finanzkrise, der Sicherung der Energieunabhängigkeit der EU, der Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Russland auf der einen sowie den USA auf der anderen Seite setze.

Der Vorsitzende der EVP-ED Fraktion unterstrich auch die Wichtigkeit für die Tschechische Republik, in der Frage des Lissabon-Vertrages beispielgebend zu sein. „Wir erwarten uns von Tschechien eine rasche und abschließende Ratifikation des Lissabon-Vertrages. Schweden, das

in der zweiten Hälfte 2009 die EU-Präsidentschaft übernimmt, hat den Vertrag soeben ratifiziert. Tschechien sollte diesem Beispiel folgen“, so Daul.

Daul betonte dabei auch die Wichtigkeit der Gleichbehandlung aller EU-Institutionen: „Wenn 2009 der Vertrag von Nizza zur Geltung kommt, dann verliert nicht nur das Europaparlament Sitze. Die Mitgliedstaaten werden dann auch entscheiden müssen, welches Mitgliedsland seinen Kommissar verliert.“

Hohe Erwartungen in tschechische Präsidentschaft: Europäische Volkspartei erwartet Kontinuität



© EPA PHOTO/CTK/LIBOR HAJSKÝ

## Europaparlament will Betrugsbekämpfung stärken

OLAF soll bei Betrugsverdacht schnell und hart durchgreifen können - in allen Mitgliedstaaten!

Das Europäische Parlament hat mit klarer Mehrheit den Bericht der CDU-Europaabgeordneten Inge Gräßle zur ersten Reform des Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) seit dessen Bestehen angenommen. „Das Europäische Parlament will eine starke Betrugsbekämpfungsbehörde, die ihre wichtigen Aufgaben möglichst effizient erfüllen und bei Betrugsverdacht hart und schnell durchgreifen kann“, sagte die verantwortliche Berichterstatterin und Koordinatorin im Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments heute in Straßburg.

Auch der Haushaltsexperte des ÖVP-Europaklubs, Dr. Paul Rübiger, unterstützt des Bericht: „Je komplizierter die Vorschriften sind, desto höher ist auch die festgestellte Fehlerquote. Vorsätzlicher Betrug ist mit aller Här-

te zu verfolgen, wir müssen aber auch daran arbeiten, die Vorschriften zur korrekten Verwendung europäischer Mittel verständlicher und damit weniger fehleranfällig zu machen.“

Das Parlament hat den Kommissionsentwurf weiter entwickelt und neue Akzente gesetzt. Dazu gehörten Maßnahmen wie die Einsetzung externer Prüfer nur im Fall von Beschwerden, um eine Blockade zu unterbinden sowie die Verbesserung der Betrugsbekämpfung vor allem auf der Ebene der Mitgliedstaaten. „Wir wollen damit erreichen, dass Betrugsbekämpfung zu einem gemeinsamen Anliegen sowohl der europäischen als auch der nationalen Ebene wird. Nur so lässt sich sicherstellen, dass die wichtige und sinnvolle Arbeit von OLAF vor Ort bekannter und ihre Bedeutung dadurch nachvollzieh-

barer wird“, betonte Inge Gräßle. Erforderlich sei zudem, dass der Rechtsschutz der von OLAF-Ermittlungsverfahren Betroffenen garantiert wird: „Wir wollen, dass die Verwertbarkeit der Ermittlungsergebnisse vor Gericht gegeben ist und sicher gestellt sehen, dass das geltende nationale Recht von Anfang an beachtet wird. Wir möchten auch, dass die Mitgliedstaaten künftig Bericht darüber erstatten, was mit den Ermittlungsergebnissen von OLAF passiert.“

In diesem Zusammenhang sei es nicht innehmbar, wenn einzelne Mitgliedstaaten wie zum Beispiel Luxemburg noch nie eine OLAF-Ermittlung vor Gericht gebracht haben. „Wer als Luxemburger krumme Touren dreht, darf nicht besser davonkommen als andere“, sagte Inge Gräßle.

# Alle EU-Internetseiten auf Deutsch



Das Europäische Parlament fordert, wichtige EU-Dokumente und EU-Internetseiten auch auf Deutsch zur Verfügung zu stellen. Dies gelte besonders für die Internetseiten der EU-Ratspräsidentschaften, die bisher meist nur auf Englisch oder Französisch, sowie der jeweiligen Landessprache verfügbar sind.

Nach Ansicht des Berichterstatters des Europäischen Parlaments, Rainer Wieland (CDU), ist dies ein wichtiger Schritt hin zu mehr Bürgernähe für die Europäische Union: „Deutsch wird von den meisten EU-Bürgern als Muttersprache gesprochen. Wenn wichtige Dokumente der Ratspräsidentschaften nur auf Englisch oder Französisch verfügbar sind, so ist das nicht nur der Mehrheit der Europäer schwer vermittelbar; es geht auch an der Sprachenrealität auf dem Kontinent vorbei“.

Das Europäische Parlament fordert den Rat auf, das gesamte Sprachangebot der Internetauftritte der Ratspräsidentschaften zu überprüfen, „um der gesamten Bevölkerung in der Europäischen Union einen einfachen und direkten Zugang zu den Informationen ... zu gewähren“. Wenn eine Einschränkung des Sprachangebots sich als notwendig erweisen sollte, müsse diese nach „objektiven und ausreichend begründeten Kriterien“ erfolgen. Mit dem Bericht greift das Europäische Parlament eine Beschwerde des Vereins zum Schutz der deutschen Sprache auf, der sich dafür eingesetzt hat, dass die EU-Ratspräsidentschaften ihre Internetauftritte auch auf Deutsch anbieten.

„Die Internetseiten der jeweiligen Ratspräsidentschaft sind kein Privatvergnügen des jeweiligen Vorsitzlandes, sondern ein Teil der Tätigkeit des EU-Ministerrates als EU-Institution. Transparenz und Information der Öffentlichkeit sind Ziele, denen höchste Priorität eingeräumt werden muss. Der Zugang zu Dokumenten in der eigenen Sprache ist ein wichtiger Teil davon“, meint auch ÖVP-Europarlamentarier Richard Seeber.

## www.epp-ed.tv: Mehr Information

### Web-TV der größten Fraktion im Europaparlament

Auf einer eigenen Internetseite stellt die EVP-ED Fraktion im Europäischen Parlament ihr Web-TV Programm zur Verfügung: Auf [www.epp-ed.tv](http://www.epp-ed.tv) werden Videoclips und Live-Stream-Programme übertragen. „Unser EVP-ED Fernsehen ist ein Medium, um die Öffentlichkeit via Internet über die politischen Positionen der größten Fraktion im Europaparlament zu informieren“, meint EVP-ED Vizepräsident Othmar Karas. Hauptziel des EVP-ED Web-TV ist die Information über wichtige Ereignisse und Aktivitäten des Europaparlaments sowie die Präsentation der politischen Arbeit der EVP-ED-Fraktion. Das Web-TV-Projekt läuft seit Juni 2007, seither wurden mehr als 130 Video-Clips produziert, die zentrale europä- und weltpolitische Themen abdecken. Alle Videos sind auf der neuen Website abrufbar.



Impressum:

**EURO09**

Magazin des ÖVP-Europaklubs  
Medieninhaber: EVP-ED Fraktion  
im Europäischen Parlament

Herausgeber: Joseph Daul MEP, Vorsitzender der  
EVP-ED Fraktion im EP und Mag. Othmar Karas  
MEP, Vizepräsident der EVP-ED Fraktion und  
Obmann des ÖVP-Europaklubs

Redaktion: Mag. Philipp M. Schulmeister,  
Mag. Andrea Strasser, Martin Androsch

Alle: Rue Wiertz 60, B-1047 Brüssel, Belgien

Erscheinungsort: Wien

Verlagspostamt: 1017 Wien-Parlament, P.b.b.

Zulassungsnummer: GZ: 072037614M



EVP-ED

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: EVP-ED Fraktion im Europäischen Parlament, Rue Wiertz 60, B-1047 Brüssel, Belgien. Präsidium der EVP-ED Fraktion: Joseph Daul, Othmar Karas, Marianne Thyssen, Struan Stevenson, Jaime Mayor Oreja, Vito Bonsignore, Gunnar Hökmark, Jozsef Szajer, Hartmut Nassauer, Joao de Deus Pinheiro, Marian-Jean Marinescu.

Grundlegende Richtung: Informationen über die Arbeit der EVP-ED Fraktion und des ÖVP-Europaklubs.

Verlagspostamt: 1017 Wien-Parlament, P.b.b.

Zulassungsnummer: GZ: 072037614M

Fotonachweise

Alle Fotos stammen aus dem Bildarchiv des ÖVP-Europaklubs sowie der Abgeordneten, außer jene Bilder, bei denen das Copyright direkt beim Bild vermerkt ist.

Fotografen für den ÖVP-Europaklub:  
Philipp Schulmeister, EVP-ED Fraktion  
Martin Androsch, ÖVP-Europaklub

Neue Adresse, neue Empfänger?

Nachbestellungen, Adressänderungen und neue Zustelladressen bitte an  
hermann.wolkensteiner@oevpklub.at oder  
andrea.strasser@europarl.europa.eu

# Mehr Schutz: Neue EU-Regeln für sicheres Kinderspielzeug

Verbot für giftige Chemikalien und Duftstoffe, mehr Sicherheitshinweise

Als „guten Tag für unsere jüngsten EU-Bürger“ bezeichnen die stellvertretende EVP-ED Fraktionsvorsitzende Marianne Thyssen (B) und der stellvertretende EVP-ED-Koordinator im EP-Binnenmarktausschuss, Andreas Schwab (D) die Abstimmung über die Spielzeugrichtlinie im Binnenmarktausschuss. „Der gesamte Ausschuss hat sich für ein umfassendes Verbot von gefährlichen Stoffen und bestimmten Duftstoffen in Spielzeug ausgesprochen, Kompromisse sind hier nicht mehr möglich“, erklären die Abgeordneten.

Die wichtigsten Sicherheitsvorschriften werden strenger und genauer geregelt, dabei wird vor allem auch auf das tatsächliche Verhalten von Kindern Bezug genommen. Das betrifft auch eine detailliertere Beschreibung der mechanischen Eigenschaften, die Spielzeuge künftig erfüllen müssen.

Spezifische Regelungen der neuen Richtlinie betreffen das Verbot gefährlicher chemischer Substanzen, vor allem krebserregender, mutationsfördernder oder giftiger Stoffe. Auch die Verwendung von allergieerregenden Duftstoffen wird eingeschränkt, verboten wird die Verwendung von Schwermetallen wie Blei oder Cadmium. Strengere Regeln soll es auch für Sicherheitshinweise und Betriebsanleitungen für Spielzeug geben. Spezielle Vorschriften gibt es für die Kombination von Spielzeug mit Lebensmitteln: „Das Überraschungsei wird damit natürlich nicht verboten, aber es muss klar sein, dass das Spielzeug immer separat verpackt sein muss, um ein Verschlucken zu vermeiden“, informieren die Abgeordneten.

Spielzeughersteller müssen künftig ein umfassendes technisches Dossier einreichen und eine Sicherheitsüberprüfung garantieren, bevor ein neues Produkt auf den EU-Markt gebracht werden darf.

„Das Europäische Parlament hat bereits seit Jahren diese Überarbeitung der zwanzig Jahre alten Spielzeug-Richtlinie gefordert. Unsere Kinder sind besonders verletzlich und müssen



Sicheres Spielzeug mit Garantie für unsere Kinder: Europäische Volkspartei setzt hohe Standards durch

entsprechend geschützt werden. Eltern müssen sicher sein können, dass das Spielzeug, das sie ihren Kindern kaufen wollen, sicher ist und den letzten Standards entspricht. Wir im Europäischen Parlament haben das mit unserer Arbeit sichergestellt“, betont Thyssen, die als Chefverhandlerin des Europäischen Parlaments für dieses wichtige Dossier verantwortlich zeichnet.

Kinderspielzeug wird durch alle diese angenommenen Maßnahmen in Zukunft also noch sicherer. „Die EVP-ED-Fraktion hat sich für einen umfassenden Ansatz eingesetzt“, ist auch Andreas Schwab zufrieden, der sich jedoch gegen eine verpflichtende Dritt Zertifizierung wendet. „Die Forderung, dass alles Spielzeug von einer dritten, unabhängigen Stelle getestet und zertifiziert werden soll, klingt auf den ersten Blick gut. Auf den zweiten Blick jedoch wird deutlich, dass sich der Verbraucherschutz durch eine bloße Dritt Zertifizierung nicht automatisch erhöht. Das Auftauchen von vergiftetem Spielzeug auf dem europäischen Markt dieses Frühjahr

hat dies deutlich gemacht. Die betroffenen Hersteller nutzten bereits Qualitätssicherungssysteme - trotzdem waren die Produkte, die auf den Markt kamen, gefährlich. Ein ‚Mehr‘ an Verbraucherschutz würde mit einer verpflichtenden Dritt Zertifizierung also nicht automatisch erreicht“, sagt der CDU-Europaabgeordnete. Die Europäische Volkspartei tritt vielmehr für eine Kombination verschiedener Elemente, die die neue Richtlinie schaffen: strikte Vorgaben für Inhaltsstoffe, sowie eine bessere Marktüberwachung durch die Mitgliedstaaten, eine stärkere Zusammenarbeit von Zoll und Behörden sowie eine verstärkte Kooperation mit Drittstaaten, die Pflicht zu mehr Verantwortung für Händler und Importeure - und auch aufmerksame Eltern und Großeltern, die beim Kauf von Spielzeug auf die Qualität und nicht allein auf den Preis achten. „Letzteres bedeutet für uns auch die Verpflichtung zu einer besseren und genaueren Verbraucherinformation durch Informationen am Kaufort, sowie Warnhinweise an den Spielzeugen selbst“, so Schwab abschließend.



**Europa gemeinsam entdecken**  
1.650 Schüler konnte Hubert Pirker 2008 über die Arbeit im Europaparlament informieren. Im Bild Schüler des Humanberufliches Zentrum Villach im Europäischen Parlament. Ebenfalls waren während des letzten Jahres über 1.100 Multiplikatoren, von Gemeinderäten, Lehrern bis hin zu Vereinen, zu Gast bei Hubert Pirker im Europaparlament.



**Partnerschaft in Europa leben**

Am Sonntag, dem 7. September 2008, fand bei noch prachtvollem Sommerwetter das bereits traditionelle Bezirksmusikfest in Ottenschlag im niederösterreichischen Waldviertel statt. Klar, dass Österreichs Bauernvertreterin im Europaparlament und Waldviertler Abgeordnete Agnes Schierhuber dabei nicht fehlen durfte!

**Tiroler Wirtschaft in Brüssel**

Am 16. Oktober besuchte eine Gruppe von dreißig Tiroler Wirtschaftstreibenden Europaklubobmann Othmar Karas in Brüssel. Die Fragen der Landwirte und Unternehmer bezogen sich vor allem auf den Nutzen der EU für KMU sowie auf die Auswirkungen der Finanzkrise.



**Landesversammlung der Skilehrer**

Richard Seeber besuchte am 15. November 2008 als Gast die Landesversammlung der Tiroler Skilehrer im Kongresspark Igls. Im Bild Dr. Richard Seeber mit dem Präsident des Tiroler Skilehrerverbandes (Snow Sport Tirol), Richard Walter.



**100 Bürgermeister in Brüssel**

100 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus der Steiermark lud Univ.-Prof. Dr. Reinhard Rack zu einem Informationsbesuch nach Brüssel. Auf dem Programm standen ein Besuch in der Kommission (Bild oben), dem Europaparlament und natürlich dem Steiermarkhaus.

Auf dem Bild unten Reinhard Rack mit den Bürgermeisterinnen (v.l.n.r.) Emma Liendl (Lödersdorf), Barbara Ingeborg Wolfgang-Krenn (Pürgg-Trautenfels), Philippine Hierzer (Labuch), Waltraud Schwammer (Dechantskirchen), Emmy Schrott (Söchau), Notburga Schneider (Brodingsberg) und Margarete Hildegard Franz (Eibiswald).



**Abgeordneter des Jahres 2008**

Am 8. Oktober wurde Paul Rübiger bereits zum zweiten Mal nach 2007 von dem renommierten Brüsseler Fachmagazin 'Parliament Magazine' als 'Europaabgeordneter des Jahres' ausgezeichnet. Für seine Erfolge bei der Neuordnung der Roamingkosten, aber auch seinen Einsatz bei der Schaffung des Europäischen Technologieinstituts erhielt der oberösterreichische ÖVP-Europaparlamentarier als einziger österreichischer Abgeordneter die begehrte Auszeichnung der 'MEP Awards 2008' in der Kategorie Forschung und Entwicklung.

Bei Unzustellbarkeit bitte retourn an:  
ÖVP-Europaklub, Dr.-Karl-Renner-Ring 3, A-1017 Wien